

Stefan Rahmstorf behauptet, daß RCP8.5 wegen der Energiewende jetzt unplausibel geworden sei

geschrieben von AR Göhring | 16. Mai 2026

Wir haben es alle gewußt: Wenn der Klimaschwindel eines Tages langsam beerdigt werden wird, werden die Profiteure behaupten, die Erde sei wegen ihrer Tätigkeit gerettet worden.

Ausgerechnet Stefan Rahmstorf tut seinen Kritikern nun den Gefallen, im Sinne einer Realsatire zu behaupten, daß die Kassierung des RCP8.5-Szenarios durch einen Weltklimarat-Autor ein Ausdruck der erfolgreichen Energiewende sei.

Was war geschehen?

In den offiziösen Verlautbarungen des Weltklimarates, repräsentiert durch Detlef van Vuuren und Team auf der Seite des EU-Programmes Copernicus, wurde gesagt:

„Die Szenarien sollten ein breites Spektrum an politikrelevanten Emissionsverläufen abdecken, die als plausibel angesehen werden. Das heißt: deren Eintreten mit nicht zu vernachlässigender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Als Ganzes sollten die ScenarioMIP-Szenarien somit plausible Ergebnisse abdecken, die von einem starken Klimawandel, im Falle eines Versagens der Politik, bis hin zu einem geringen Klimawandel infolge strenger politischer Maßnahmen reichen. Für das 21. Jahrhundert wird dieser Bereich kleiner ausfallen als zuvor eingeschätzt: Am oberen Ende des Spektrums sind die hohen Emissionsniveaus von CMIP6 (quantifiziert durch SSP5-8.5) **UNPLAUSIBEL** geworden. Am unteren Ende sind viele CMIP6-Emissionsverläufe nicht mehr mit den beobachteten Trends im Zeitraum 2020–2030 vereinbar.“ (Z Ende)

Michael Klein kommentiert:

„Was hier steht, ist Sprengstoff.“

Das bevorstehende US-Energie-Imperium

geschrieben von AR Göhring | 16. Mai 2026

Brauchen wir eine Tech-Monarchie zur Lösung der Energiekrise?

von Edgar L. Gärtner

Europa, Afrika und Teile Asiens stehen vor einer schweren Energiekrise, die vermutlich die „Ölkrise“ von 1973, die die meisten Zeitgenossen nur aus Geschichtsbüchern kennen, weit in den Schatten stellen wird. Schon bei oberflächlicher Betrachtung zeigt sich, dass die aktuelle Krise nur zum geringsten Teil physisch erklärbar ist. Diese Aussage wird wohl auf allgemeine Zustimmung stoßen. Es spricht sich herum, dass es auf unserem Planeten Energieträger in Hülle und Fülle gibt. Die durch Computersimulationen herbeigerechnete Knappheit, mit denen der „Club of Rome“ in den 1970er Jahren die Weltöffentlichkeit schockiert hat, treibt heute nur noch wenige Menschen auf die Straße. Stattdessen ist es selbst den Konsumenten der ARD-Tagesschau klar, dass die im Iran regierenden Revolutionsgardisten die Blockade der Meerenge von Hormus nutzen, um eine künstliche Knappheit zu erzeugen. Die von Donald Trump verordnete Gegenblockade betrifft nur die iranische Wirtschaft. Doch das beantwortet nicht die Frage nach dem Ursprung des Konflikts.

Donald Trump als Sündenbock

Nicht wenige machen Donald Trump für die verworrene Lage im Nahen Osten und die Störung lebenswichtiger Lieferketten der Weltwirtschaft verantwortlich. Selbst der „Atlantiker“ Friedrich März stimmt in den Chor derer ein, die Trump unüberlegtes Handeln, ja das Fehlen jeglicher Strategie vorwerfen. Dabei könnten die Statistiken des internationalen Handels mit Rohöl, Gas und petrochemischen Grundstoffen leicht das Gegenteil beweisen. Die Zahlen weisen aus, dass die US-Wirtschaft aus der menschengemachten Energiekrise infolge des „vorsorglichen“ Angriffs der USA und Israels auf das Mullah-Regime im Iran mit seinen Nuklear-Plänen auf der ganzen Linie als Gewinner hervorgeht. Trotz der augenblicklichen relativen Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar zeigt diese Grafik, dass die Hoffnungen der BRICS-Staaten, den Dollar in absehbarer Zeit bei der Abwicklung von Energie-Geschäften vom ersten Platz verdrängen zu können, bis auf Weiteres unbegründet sind.

Nicht zufällig haben Trump und seine Berater ihren Versuch der Neuordnung der globalen Energiewirtschaft im Interesse von US-Milliardären mit der „Enthauptung“ des totalitären Maduro-Regimes in Venezuela und der damit ermöglichten Wiederaufnahme des massiven Imports venezuelischen Schweröls durch Raffinerien an der US-Golfküste begonnen

und erst im zweiten Schritt die Blockade von Hormus provoziert. Denn die Verarbeitung dieses Schweröls steht am Beginn wichtiger Wertschöpfungsketten, auf die die Chinesen nun keinen direkten Zugriff mehr haben. Die USA werden damit in Verbindung mit der weltweiten Lieferung von verflüssigtem Fracking-Gas zur globalen Drehscheibe des Energiehandels. EU-Europa ist kaltgestellt.

Endspiel Europa

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der USA und zu Lasten der EU wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung bis zu dem von US-Think Tanks und Soros-Stiftungen eingefädeltten Maidan-Aufstand in Kiew 2013/2014 zurückverfolgt. Ulrike Guérot und Hauke Ritz haben in ihrem Buch „Endspiel Europa“ (2022) dargelegt, wie die herrschenden Kreise der USA unter ganz unterschiedlichen Präsidenten das Projekt eines gemeinsamen Hauses Europa, das von Lissabon bis Wladiwostok reicht, systematisch zerschossen haben. Diese meines Wissens ursprünglich von französischen Gaullisten entworfene Vision wurde von Wladimir Putin in seiner berühmt gewordenen, aber inzwischen dennoch weitgehend vergessenen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 unausgesprochen geteilt. Doch die damals den „tiefen Staat“ der USA beherrschenden „Neocons“ wählten, inspiriert vom [Schachspiel-Narrativ ihres einflussreichen Beraters Zbigniew Brzezinski](#) im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts den Wirtschaftskrieg gegen Rußland mit dem Ziel der Weltbeherrschung. Die Sprengung der Nord-Stream-Pipeline durch ukrainische Agenten (vermutlich im US-Auftrag) ist nur der sichtbarste Teil dieses Wirtschaftskrieges. Durch solche und andere Sabotage-Aktionen wurde die zunächst zögernde politische Klasse der EU schließlich gezwungen, sich der US-Strategie unterzuordnen. Diese zielt seit dem Machtantritt von Donald Trump allerdings nicht mehr auf die Beherrschung der ganzen Welt ab, sondern auf die Stärkung der USA in einer multipolaren Welt. Das läßt den Europäern immerhin die Chance, die in Form der EU-Bürokratie gescheiterte europäische Einigung unter anderem Vorzeichen neu zu beginnen. (Dazu später.)

Zurück zur Normalität

Die Widerrufung der Einstufung des Kohlenstoffdioxids als gefährlicher Schadstoff („Endangerment Finding“) durch Donald Trump und die US-Umweltagentur EPA ist, wie wir bei EIKE wissen, keine politikgetriebene Manipulation der Wissenschaft, sondern schlicht die Rückkehr zur Normalität, die jenseits des Atlantiks ein neues „Wirtschaftswunder“ auslöst, das mit der Schaffung Hunderttausender neuer Jobs verbunden ist. Doch die EU-„Elite“ hat beschlossen, diese grundlegende Korrektur unseres Weltbildes zu ignorieren und zu einer absurden Form des Kalten Krieges zurückzukehren: EU-Europa soll militärisch aufgerüstet und angriffsfähig werden, während es am „Green Deal“ und an der unbezahlbaren „Energiewende“, der Hinwendung zu angeblich erneuerbaren Energieformen festhält, d.h. weiterhin funktionierende Kraftwerke sprengt und seine Wirtschaft gemäß dem CO2-Dogma zum Schrumpfen

verurteilt. Schon die Tatsache, dass die deutsche Industrie heute doppelt so viel für Strom zahlen muss wie die US-amerikanische oder die chinesische, führt uns unweigerlich in eine Sackgasse. Dennoch wird die Energieverteuerung infolge des Irankrieges zurzeit mit einigem Erfolg als Argument für die Beschleunigung des Ausstiegs aus den „Fossilen“ missbraucht.

Nur so etwas wie die Existenz eines (sozialistischen) „Todestriebs in der Geschichte“ kann wohl erklären, warum die politische Klasse Westeuropas sehenden Auges in diese Falle läuft. Das erscheint umso makabrer, wenn man weiß, dass die der „Energiewende“ und der Wokeness zugrunde liegenden Ideen seit den 1970er Jahren von jenseits des Atlantiks zu uns herübergekommen sind. Zunächst in Deutschland und dann in der ganzen EU wurden diese Ideen zum totalitären Konzept einer radikalen Energiewende weiterverarbeitet und dann unter US-Präsident Barak Obama in etwas abgemilderter Form auch von den USA übernommen. Während Donald Trump und seine Anhänger in den USA den Mut aufbrachten, das erfundene CO₂-Dogma aufzugeben, haben sich Deutschland und andere westeuropäische Länder inzwischen so weit im Irrgarten der „Erneuerbaren“ und der Wokeness verirrt, dass es absehbar Jahrzehnte dauern wird, bis hier die Rückkehr zur Normalität vollzogen ist. Einer der Hauptgründe für diese Blockade ist hier sicher der in Beton gegossene bürokratische Korporatismus, der von einem Parteienkartell einer „Brandmauer“ gegen pragmatische Politikansätze verteidigt wird. Das verschafft der US-Wirtschaft ungeahnte Vorteile. Die US-Politik kann nun unverschleiert die imperialistische Karte spielen. Denn dem mithilfe nihilistischer Ideologien an die Wand gefahrenen Europa bleibt gar keine andere Wahl, als den von den USA angebotenen Vasallenstatus zu akzeptieren – oder vor der begonnenen Islamisierung zu kapitulieren.

Doch es gibt in Trumps logischem Kalkül eine große Unbekannte: Die Widerstandsfähigkeit des Mullah-Regimes. Diese scheint selbst nach der gezielten Eliminierung seiner religiösen Führer erheblich größer zu sein als Trumps Berater wohl angenommen haben. Kenner der schiitischen Version des Islam wissen, dass dessen Anhänger den Versuch, ihren Glauben an die Wiederkunft des Mahdi durch Erpressung und physische Gewalt tendenziell über die ganze Erde zu verbreiten, niemals aufgeben werden und dabei bis zum wirtschaftlichen Selbstmord reichende Opfer hinnehmen. Deshalb mussten Donald Trump und sein Außenminister Marco Rubio die Operation „Epic Fury“ (vorläufig?) abblasen und ein Übereinkommen mit den Mullahs anstreben, ohne zuvor ein Entgegenkommen des Irans bei der Behandlung der bisher produzierten Menge hoch angereicherten Urans zu erlangen. Doch das war die wichtigste Bedingung für ein dauerhaftes Abkommen zur Beilegung des Konflikts. Nun soll die chinesische Führung die iranischen Machthaber umstimmen. Der Ausgang des Konflikts mit dem Iran bleibt also offen – eine schlechte Nachricht für die Öl- und Gas-Kunden in Europa, aber auch eine Demütigung für den allzu siegesgewissen US-Präsidenten Trump.

Eine Kultur im Niedergang

Ohnehin zeigen die Zustände in den USA, dass Trumps Mut eher aus der Verzweiflung über die Ausbreitung absurder woker Bewegungen und krimineller Narco-Geschäfte als aus der Gewissheit eigener Stärke der MAGA-Bewegung erwächst. Die Parole „Make America Great Again“ kann man auch als Aufbäumen gegen den längst fortgeschrittenen Prozess des Niedergangs interpretieren, wie das der bekannte französische Historiker Emmanuel Todd tut. Ich kann Todd aber nur in manchen Punkten zustimmen, weil er meines Ermessens die größere Resilienz des politischen und ökonomischen Systems der USA im Vergleich zum korporatistischen Europa vernachlässigt. Ich habe auf dieser Plattform schon kurz nach dem Beginn der zweiten Amtszeit Donald Trumps darauf hingewiesen, dass ich mich an der „Kulturmorphologie“ des deutschen Universalhistorikers Oswald Spengler orientiere, wonach Auf- und Abstieg verschiedener Kulturen vorhersehbar den gleichen Mustern folgen, die sich hinter dem Rücken der politischen und wirtschaftlichen Akteure durchsetzen.

Nach dem belgischen Althistoriker David Engels erleben wir zurzeit in den USA unter Donald Trump und Elon Musk die Ablösung der liberalen Demokratie durch den Cäsarismus, d.h. das konkurrierende Bestreben weniger Multimilliardäre, die Herrschaft über das Ganze zu erlangen. Dieser Zustand ähnelt den Verhältnissen der Spätphase der römischen Republik im letzten Jahrhundert vor Christi Geburt. Setzt sich schließlich einer der konkurrierenden Oligarchen nach dem Muster des römischen Kaisers Augustus als Alleinherrscher durch, dann beginnt das wirkliche Imperium. Ich gehe mit David Engels davon aus, dass Cäsarismus und Imperialismus wie im historischen Römerreich zwar Synonyme des Niedergangs einer Kultur sind, aber dennoch in ihrer Anfangsphase für einige Zeit zu Frieden und Wohlstand in einer Schein-Demokratie mit formalem Pluralismus führen können. Die Regierungszeit des Augustus gilt bis heute einhellig als eine der vergleichsweise glücklichen Perioden der Weltgeschichte – und das nicht nur, weil in dieser Zeit der Friedensbringer Jesus Christus zur Welt kam.

David Engels möchte als zurzeit bekanntester Vertreter der Spenglerschen Kulturmorphologie aber nicht akzeptieren, dass die Europäer damit definitiv zu Randfiguren des historischen Prozesses werden. Deshalb entwickelt er die Idee des „Hesperalismus“, d.h. eines abendländischen Patriotismus, der die christlichen Wurzeln der europäischen Zivilisation in Form der Wahrheitsorientierung von Augustinus und Thomas von Aquin betont.

Die Geburtswehen eines neuen Imperiums

Der Weg zu einem neuen Imperium (in einer multipolaren Welt!) hätte allerdings mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen großen „Schönheitsfehler“: Bevor sich ein neuer Friedensbringer vom Typ des Imperators Augustus oder eine Friedensbringerin vom Typ der Märtyrerin Jeanne d'Arc durchsetzt, kommt es höchstwahrscheinlich zu heftigen Kämpfen zwischen den etablierten politischen Machträgern und aufbegehrenden Populisten, zwischen einer Verantwortungsethik folgenden

Politikern und fanatischen Gesinnungstätern, zwischen Friedfertigen und Terroristen, zwischen Männern und Frauen, zwischen christlichen Gemeinden und suizidalen Sekten, zwischen ehrbaren Kaufleuten und Dieben, zwischen nüchtern kalkulierenden Unternehmern und Utopisten, zwischen seriösen Fachleuten und Hochstaplern usw., die zu Unruhen, Aufständen und sogar blutigen Bürgerkriegen mit Politikermorden nach dem Vorbild von Brutus führen können. Um solche Zustände zu verhindern, greifen Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks immer öfters zu KI-gestützten Überwachungstechniken, immer schärferen Zensurmaßnahmen, Wahl-Fälschungen, Politisierung der Justiz und innenpolitischen Polizeieinsätzen.

So findet die von Peter Thiel, einem wichtigen Sponsor der Wahlkampagnen des US-Präsidenten Donald Trump und seines Vizepräsidenten JD Vance, im Jahre 2003 kurz nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York zusammen mit Alex Karp, Joe Lonsdale, Stephen Cohen, und Nathan Gettings gegründete Firma „Palantir“ mit ihrer eleganten KI-gestützten Überwachungs-Software unter den Namen „Foundry“ (für Firmen) und „Gotham“ (für Militär und Geheimpolizei) seit Kurzem optimale Marktbedingungen vor, nachdem die Firma etwa 20 Jahre lang nur Verluste erwirtschaften konnte. Innerhalb von zwölf Monaten versechsfachte sich dann der Aktienkurs von „Palantir“ plötzlich (siehe Grafik aus der NZZ vom 16. August 2025). Denn es gibt vielleicht grundsätzlich Alternativen zu Palantir, aber heute, wie es scheint, keine Alternative zur ständigen Überwachung der Bevölkerung. Es kommt dann darauf an, wer über die handhabbarste Überwachungstechnik gebieten kann.

Die Vorteile einer „Tech-Monarchie“

Denn eine auf individueller Entscheidungsfreiheit und Verantwortung beruhende Gesellschaft hat nur Bestand, wenn die allermeisten Individuen von sich aus einem transzendenten Logos folgen. Das ist im Westen infolge der „Verdunstung“ des christlichen Glaubens seit der 68er Revolte und der Ausbreitung der Woke-Ideologie nicht mehr garantiert. Ich schließe mich deshalb ausdrücklich nicht jenen an, die in „Palantir“ die „gefährlichste Firma der Welt“ sehen. Wir steuern m.E. auf eine Situation zu, in der wir nur noch die Wahl haben zwischen „Gotham“ und der Scharia-Polizei. Aus der europäischen Geschichte wissen wir, dass Demokratie nicht unbedingt mit Freiheit verbunden ist. Noch heute schneiden monarchisch verfasste Kleinstaaten wie Liechtenstein oder Monaco in Freiheits-Rankings am besten ab. Warum sollte das nicht auch in größeren Staaten möglich sein? Ich bleibe also gegenüber der von Peter Thiel und anderen verfochtenen Idee einer Tech-Monarchie aufgeschlossen und hoffe, dass diese sich beim Versuch der Lösung der anstehenden Energiekrise bewähren wird.

Mithilfe der KI ist es m.E. nicht nur leicht, das CO₂-Dogma der deutschen und europäischen Energiepolitik als Irrtum bzw. Schwindel zu entlarven. Es ist mithilfe von KI auch möglich, in der Debatte um den besten Weg zur Lösung der Energiekrise klar zwischen Wahrheit und Wunschdenken zu

unterscheiden. Voraussetzung dafür ist die Meinungs- und Redefreiheit. Dafür haben sich Donald Trump und JD Vance bislang gegenüber den immer unverschämteren Zensurmaßnahmen der EU und der meisten ihrer Mitgliedsstaaten stark gemacht. Die entscheidende Frage lautet also: Wird „Gotham“ für den Schutz „unserer Demokratie“ oder für die Durchsetzung der Redefreiheit eingesetzt?

IPCC-Autoren verabschieden sich von den Katastrophenszenarien – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 16. Mai 2026

Die globale Temperatur ist im April 2026 gegenüber März etwa gleichgeblieben. Sie liegt nun um 0,39 Grad Celsius höher als das langjährige Mittel. Der Abkühlungstrend der letzten beiden Jahre neigt sich dem Ende zu. Der durchschnittliche Temperaturanstieg seit 1979 betrug 0,16 Grad Celsius pro Jahrzehnt. Dieser mäßige Anstieg vertrug sich nie mit den Katastrophenszenarien des Weltklimarats IPCC, der in seinen Horrorszenarien einen Temperaturanstieg von 3-5 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 weissagte.

Das ist seit dem 7. April 2026 der Schnee von gestern. Wissenschaftler des Weltklimarates haben an diesem Tag in einer aufsehenerregenden Veröffentlichung die bisherigen Untergangsszenarien kassiert. In Politik, Medien und Wissenschaft müsste dies als eine große Erleichterung aufgenommen werden und zu einer sofortigen Korrektur der Klimapolitik führen. Doch die Diskussion findet in Deutschland nicht statt. Sondersendung im ARD, Sondersitzung des Deutschen Bundestages, Regierungserklärung der Bundesregierung zu den fehlerhaften Grundlagen des Klimaschutzgesetzes: Alles Fehlanzeige. Der Klimapopanz bleibt aufgebauscht, denn damit konnte man herrlich grüne und linke Politik machen.

IPCC-Autoren verabschieden sich von den Katastrophenszenarien der letzten beiden Weltklimaberichte

Am 7. April 2026 veröffentlichten 44 IPCC-Autoren, die für die Klimaszenarien des Weltklimarates verantwortlich sind, eine bahnbrechende Veröffentlichung. Unter der Federführung von Prof. Detlef van Vuuren erklärten die Wissenschaftler, dass die bislang in den letzten beiden Klimaberichten von 2013/2014 (AR5) sowie von 2021-2023 (AR6) aufgeführten Szenarien, die zu Temperaturerhöhungen bis zu 5 Grad Celsius im Jahre 2100 führen sollten, „unplausibel“ (implausible) sind. In diesen Szenarien (RCP 8.5) wurde angenommen, dass die Emissionen an CO₂ sich im Verlaufe dieses Jahrhunderts mehr als verdreifachen würden.

Da der Weltklimarat in seinen Modellen das CO₂ als den wesentlichen Klimafaktor zugrunde legt, kam man so auf erschreckende Temperaturanstiege. Im Modell RCP 8.5 sollte es nach dem letzten Bericht (AR6) bis zum Jahre 2100 um 4,4 bis 5,7 Grad wärmer werden. Seit vielen Jahren weisen Wissenschaftler, darunter auch ich (hier, hier und in einem eigenen Kapitel in „Unerwünschte Wahrheiten“, Kap.39, Langen-Müller, 2020) darauf hin, dass in diesem Extremszenario schon 2080 der weltweite Kohlenstoff in Form von Öl, Gas und Kohle erschöpft wäre. Trotzdem hielt man an diesem Szenario fest und beschrieb es sogar als „business as usual“. Der Trick ging weitgehend auf: Das Schreckensszenario beherrschte die Schlagzeilen der Medien („Bis zu 5 Grad Erwärmung ...“). Mit diesem Szenario wurde im politischen Raum gearbeitet und wurden Gesetze zur Einführung der CO₂-Steuer, Klimaschutzprogramme und Verbrennerverbote begründet. Selbst das Bundesverfassungsgericht stützt sich auf die IPCC-Berichte, die das Gericht als „zuverlässige Zusammenfassung des aktuellen Kenntnstands zum Klimawandels“ ansieht. Das Gericht begründet seine Entscheidung in den Randnummern 19 und 22 seines Beschlusses vom 21. März 2021 wie folgt: „Ohne zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gilt derzeit ein globaler Temperaturanstieg um mehr als 3 °C bis zum Jahr 2100 als wahrscheinlich“ und verweist als Quelle auf den IPCC Bericht von 2012/13 – Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger , S17 f.

Dort findet man als Quelle die Grafik, die die Temperaturentwicklung bis 2100 aufgrund des RCP-Szenarios 8.5 beschreibt. (s.u)
Das Bundesverfassungsgericht nimmt also als Basis seiner Entscheidung eine Temperaturprognose, die mittlerweile als unplausibel verworfen worden ist. Und zwar nicht von irgendwem, sondern von den Wissenschaftlern, die für die Szenarien des Weltklimaberichts verantwortlich sind. Hätte das Bundesverfassungsgericht und nachfolgend die Bundesregierung die damals schon vorhandene Kritik an den völlig ungeeigneten Katastrophenszenarien des IPCC zur Kenntnis genommen – wie man es bei einer solch folgenschweren Entscheidung eigentlich voraussetzen sollte-, hätte man einen solch schwerwiegenden Fehler, der Deutschland ins Unglück stürzt, vermeiden können. Die federführende Richterin Britz schrieb lieber in den Beschluss Formulierungen hinein, die auch schon ihr Ehemann, der damalige Vorsitzende der Grünen in Frankfurt, Bastian Bergerhoff nahezu wortgleich auf seiner persönlichen Webseite Monate vor dem Beschluss veröffentlicht hatte.

Was sind die neuen IPCC-Weissagungen?

Der US-Klimawissenschaftler Roger Pielke Jr. hat die Veröffentlichung der 44 Wissenschaftler vom 7. April 2026 untersucht. Die Veröffentlichung behandelt nur noch sieben Szenarien mit hohen, mittleren und niedrigen CO₂-Emissionen. Das neue hohe Emissionsszenario wird von den Autoren selbst als unwahrscheinlich bezeichnet. Denn danach wird die Emission noch einmal um 30 % ansteigen und im Verlaufe dieses Jahrhunderts auch nicht mehr absinken. Dieses neue Hoch-Szenario ist schon deswegen absurd, weil es eine Bevölkerungsexplosion von heute 8,2 Milliarden auf 14,5 Milliarden annimmt. Die heutigen

Bevölkerungsprognosen gehen von einer maximalen Bevölkerung von 9 bis 10 Milliarden Menschen in diesem Jahrhundert aus.

Das mittlere Szenario orientiert sich an den aktuellen Prognosen der Internationalen Energieagentur IEA (current policy) und ist wohl die wahrscheinlichste Entwicklung. Sie wird beschrieben als Fortsetzung der heutigen Politik und führt bis 2050 zu ähnlichen hohen Emissionen wie heute und danach zu einem Abflachen der CO₂-Emissionen. Nach den Berechnungen der 44 Wissenschaftler wird damit eine Erwärmung bis zum Jahre 2100 von 2,56 Grad Celsius gegenüber dem Jahre 1860 erreicht. Da im Jahre 2025 gegenüber dem Basisjahr 1860 bereits eine Erwärmung von 1,45 Grad Celsius festgestellt wurde, geht das mittlere und wahrscheinlichste Szenario von nur noch einer Erwärmung um 1,1 Grad bis zum Jahre 2100 aus.

Das wäre alles andere als eine Katastrophe. Wenn man wie der IPCC annimmt, dass die Erwärmung im Wesentlichen vom CO₂ bestimmt wird, dann kann man auch den Anteil Deutschlands an dieser Erwärmung bis 2100 berechnen. Deutschland hat einen Anteil von 1,46 % an der CO₂-Emission der Welt. 1,46 % von 1,1 Grad machen 0,016 Grad bis zum Jahre 2100 aus. Und für die nicht sicher meßbare Veränderung zerstört grüne und linke Politik den Wohlstand des eigenen Landes?

Die schlimmste Erfahrung der letzten Wochen ist aber, dass die doch so gute Nachricht, daß die Klimakatastrophe abgesagt werden kann, in Deutschland nicht diskutiert wurde. Wenn man das ernsthaft täte, müssten alle Gesetze, Programme, Subventionen, die den angeblich zu erwartenden Klimanotstand bekämpfen sollen, rigoros abgeschafft werden. Das wäre zwar mehr als peinlich für unsere Klimakämpfer in Regierungen und Medien. Aber es wäre der Beginn eines neuen deutschen Wirtschaftswunders.

Verursacht Fracking brennende Wasserhähne wie im Film? Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 16. Mai 2026

Ist die CO₂-Steuer sinnvoll? Nützt es dem Klima, wenn Deutschland seine CO₂-Emissionen reduziert? Verursacht Fracking tatsächlich brennende Wasserhähne wie im Film?

Ex-HH-Umweltsenator und Chemiker Fritz Vahrenholt klärt auf.

Prof. Vahrenholt ist einer der Protagonisten alternativer Energieversorgung in Deutschland – das erste Offshore-Windrad trägt nicht zufällig den Namen „Fritz“. Heute kritisiert er aber die Umsetzung und die Widersprüche der grünen Klimapolitik – mit überraschenden

Klima-NGOs: Was macht die „Climate Justice Alliance“ eigentlich? – Klimawissen – kurz & bündig

geschrieben von AR Göhring | 16. Mai 2026

No.68 – „Klimagerechtigkeit“, „freies Palästina“, „6 Essens-Souveränitäts-Prinzipien“ – was bedeuten solche Tätigkeitsbeschreibungen von Klima-NGOs?

Öko-Stiftungen arbeiten heutzutage meist mit dem Schlagwort „Klima“, geben aber ihren Tätigkeitsbereich meist sehr breit und schwammig an, damit sie Steuer- und Spendengelder aus vielen verschiedenen Töpfen erhalten können und im Rechenschaftsbericht nicht in Erklärungsnöte geraten.

Die „Climate Justice Alliance“ ist so eine Geister-NGO, die selbst auf Wikipedia nur einen knappen Artikel auf Englisch hat.

Quelle:

https://en.wikipedia.org/wiki/Climate_Justice_Alliance